

Iranische Fatwa gegen den „unreinen“ Hund



Der iranische Islamagelehrte, Groß-Ayatollah Naser Makarem Shirazi, hat [per offiziellem Dekret](#) verlautbaren lassen, dass die „unreinen“ Vierbeiner in einem anständigen islamischen Haushalt nichts verloren haben. Obwohl westliche Hundehaltung im Iran ein absolutes No-Go ist, gibt es dennoch einzelne Haushalte mit Familienhund.

Ein solch niederes Wesen als Familienmitglied oder auch nur Freundschaft zu einem Hund gilt als verwerfliche Übertretung des Willens Allahs. Als untergeordnete Hüte-, Wach- und Arbeitssklaven dürfen sie noch geduldet werden. Doch wer sich dabei erwischen lässt, mit seinem Hund Gassi zu gehen, hat mit einer Geldstrafe zu rechnen.

Die Ayatollahs überwachen islamische Sitte und Anstand im Iran äußerst streng. Kürzlich wurde sogar Präsident Ahmadinedschad zurechtgewiesen, weil er eingeräumt hatte, ein zwei Strähnen unverhülltes Frauenhaar könnten noch knapp als sittlich gelten. Ein echter Freund des (westlichen) Menschen ist demnach in der Tat ein Hund. Er erregt das Missfallen Allahs und hält Ayatollahs fern.

(Spürnase: [Daniel Katz](#))



Bielefeldt wird UN-Sonderberichterstatter



Der für seine unterwürfige Haltung gegenüber dem Islam [bekannte](#) katholische Theologe und Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin, Heiner Bielefeldt (Foto), ist für sein Dhimmitum belohnt worden. Die UN ernannte ihn zum Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit. Die Favoritin der belgischen Präsidentschaft, die malaysische Juristin Ambiga Sreenevasan, fiel dagegen durch – wegen ihrer Islamkritik.

Die Deutsche Welle [berichtet](#):

Freudig überrascht zeigte sich Heiner Bielefeldt, als er von der Benennung als Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit der Vereinten Nationen erfuhr. Der Menschenrechtsrat in Genf hatte sich am Freitag (18.6.) für den 52-jährigen Philosophieprofessor aus Deutschland entschieden. Die malaysische Juristin Ambiga Sreenevasan

wurde aber von muslimischen Ländern wegen ihrer islamkritischen Haltung abgelehnt.

Bielefeldt, der seit September 2009 den neu eingerichteten interdisziplinären Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg inne hat, übernimmt das Amt ab August von der pakistanischen Juristin Asma Jahangir, die turnusgemäß ausscheidet.

(...)

Zu Fragen der Integration von Muslimen in Europa und zu Religionsfreiheit hat Bielefeldt, der neben Philosophie auch katholische Theologie und Geschichte studiert hat, zahlreiche Aufsätze und Bücher veröffentlicht. Nach seiner Wissenschaftslaufbahn, in der er auch an Universitäten Tübingen, Mannheim, Heidelberg und Bielefeld tätig war, wurde er 2003 zum Direktor des vom deutschen Bundestag neu gegründeten Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin ernannt. Als Leiter des Instituts hatte er sich unter anderem immer wieder mit der Islamkritik in Europa auseinandergesetzt und dabei auch vor Diffamierung und Ausgrenzung gewarnt. Ausdrücklich warb er dafür, dass Muslime die Integrationschancen nutzen sollten, die ihnen der säkulare Rechtsstaat des Grundgesetzes in Deutschland bietet.

Zu den Bestrebungen einiger Staaten im Menschenrechtsrat, die islamische Religion als kulturelle Identität darzustellen, neben der andere Religionen und Menschenrechte zurückzustehen haben, sagt Bielefeldt: „Es geht immer wieder darum die Freiheit und den Anspruch des Einzelnen zu verteidigen.“

Die Freiheit der einzelnen moslemischen Frau interessiert Bielefeldt dabei aber nicht, weder, wenn sie ihren Glauben behält, noch, wenn sie ihn ablegen will. Denn das wäre dann wohl rassistisch...

Aber wir gratulieren natürlich trotzdem zur Wahl durch die Steiniger und Handabhacker! Herr Bielefeldt, da können Sie

stolz sein!

Bundestag fordert Israel zum Selbstmord auf



Die

israelfeindlichenkritischen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne möchten diese Woche einen gemeinsamen Entschließungsantrag verabschieden, der [Israel dazu auffordern soll](#), die Bewaffnung der HAMAS auf dem Seeweg zuzulassen. Das käme einer direkten Aufforderung zum Selbstmord Israels gleich.

Dazu erreichte uns der folgende Protest-Aufruf eines PI-Lesers:

Aufruf

Die deutsche dominierende Politik von links bis rechts hat etwas ganz Schlimmes vor :

– Wie ich heute per Deutschlandfunk-Nachrichten erfuhr, wollen laut SÜDDEUTSCHE Zeitung vier BUNDESTAGSFRAKTIONEN (FDP, CDU, SPD und Grüne) gemeinsam nächste Woche einen Entschließungsantrag gegen ISRAEL zur Abstimmung vorlegen, um so die ÖFFNUNG von GAZA AUF DEM SEEWEG ZU PROKLAMIEREN, und daher die Republik ISRAEL unter Druck setzen und in ihre Selbstverteidigungsmöglichkeiten weiter beschneiden.

Das ist der BANKROTT der DEUTSCHEN POLITIK was die Terrorismusbekämpfung und eine FREUNDSCHAFT der TAT mit ISRAEL angeht, statt der blumigen Verlautbarungen. Reicht es nicht, daß eine ganze Liste voll deutscher Firmen das islamnazistische Mullahregime mit strategisch wirksamen Materialien beliefert?!

Das ist katatrophal: Da setzen sich diese Politidioten – im nicht ganz falschen Bewußtsein, das v.a. durch Dauerhalbinformation und Geschichtsverdrehung der Massenmedien UN"gesunde Volksempfinden" hinter sich zu haben – quasi an die Spitze des von der LINKpartei, türkischen Rechtsextremen und Islamisten angeführte VERBRECHEN der BLOCKADEDURCHBRECHUNG gegen ISRAEL, für einen freien Hafen der HAMAS-Mörder.

Natürlich wie schon bei der schändlichen Debatte vor Tagen "menschenrechtlich" flankiert und wahrscheinlich wie zuvor mit gegenstands- oder wirkungslosem "Müssen" von Waffenkontrollen durch europäische Scheinfreunde, die in der Propaganda vor allem unserer Rundfunksender schon zunehmend den Islamisten gleichen und nebenbei ISRAEL die Schuld für den Terrorismus oder gar den Djihad überhaupt zuschieben. Da kann man die Braunroten und Milli Görüs auch direkt dranlassen.

Weil diesmal wie vielleicht noch nie die Interessen unserer Freiheit mit denen ISRAELs zusammenliegen, und umgekehrt die einer verkommenen deutschen Bundestagspolitik mit Interessen und Propaganda der Islamisten, Djihadisten und gleichzeitig denen der (Post-)Stalinisten, grünen Kulturalisten und Neonazis, deshalb rufe ich Euch auf mit all Euren Verbindungen, Verlinkungen und PROTESTEN ALLER ART diesem VERABSCHUEUNGSWÜRDIGEN PRO-ISLAMISTISCHEN ENTSCHLIEßUNGSANTRAG der angegebenen Bundestagsfraktionen einen fetten Strich durch die Rechnung zu machen, sich auf Kosten ISRAELs unter der verlogenen Friedensfahne oder scheinbarer Versorgungshilfe zu profilieren, – oder in

Rivalität zu anderen Mächten besser ins (Öl-)Geschäft zu kommen.

Nutzt die verbleibenden Stunden und Tage mit Besuchen, Anrufen, Faxen – speziell auch an und bei Euren örtlichen Funktionäre – evtl. Auftreten bei öffentlichen Veranstaltungen um diese SCHANDE DES BUNDESTAGES nicht endgültig zur Schande der deutschen Politik und zum Verrat an ISRAEL werden zu lassen.

– WER kann oder nah genug dran wohnt, besuche auch den Bundestag !

– Ich bitte um weitere Vorschläge und die volle Nutzung Eurer Internet-Intelligenz und Vernetzung!

HamaSSfreunde – Raus aus dem Bundestag! KEIN MultiKULTURschutz für Islamisten! Kein ISRAEL- & Freiheits-VERRAT für ÖL!

Wüstenbegrünung statt grün-schwarz-rötliche Islameinwanderungs-Politik! Ohne die Verteidigung ISRAELs hier zu lernen und jetzt anzupacken, kaum eine Chance gegen den DjiHad!

Das Sicherheitsrisiko und AchmadiNettChat-Freund TÜRKEI, raus aus der NATO! Islamisten und -Freude raus aus den Gemeinderäten und „Integrations“einrichtungen!

ISRAEL, massel tow!

Bertha Dick, Einzelperson

desert-Flut-action@web.de



Schweden-Hochzeit:

Diktaturstaaten mit dabei

✘ Die schwedische Kronprinzessin Victoria und ihr bürgerlicher Verlobter Daniel Westling haben sich heute das Ja-Wort gegeben. Etwa 1100 offizielle Gäste verfolgten die Trauung in der „Storkyrka“, dem Dom von Stockholm. Neben dem internationalen Hochadel nahmen auch politisch korrekt mehrere Vertreter aus Diktaturstaaten an der schwedischen Hochzeit teil.

In der Kirche waren der Imam Abd al Haqq Kielan, Islamska Föreningen (Islamischer Verein Schwedens) und Vertreter aus Simbabwe, Iran, Kuba, Libyen sowie Syrien zugegen. Auch Nordkorea und der Sudan, dessen Präsident Omar al-Bashir durch den Internationalen Strafgerichtshof für Kriegsverbrechen in Darfur verurteilt worden ist, sind vertreten ebenso wie Eritrea, wo seit neun Jahren der schwedische Journalist Dawit Isaak ohne Gerichtsverhandlung im Gefängnis sitzt.

Der Journalist Lars Adaktusson, der sich in der Sache Dawit Isaak engagiert, ist schockiert: „Es kann ja sein, dass man der Etikette folgen muss, aber Vernunft und Menschlichkeit sollten vorgehen. Ich meine, dass es merkwürdig ist, dass man so einen Anlass nicht dazu nutzt, um seine Ansichten über die Regime kundzutun.“

Aus der [Gästeliste](#):

H.E. the Ambassador Moses Mojwok Akol, Sudan, och Mrs Suzan John Ayowk Ajang H.E. the Ambassador Jacqueline Mukangira, Rwanda, och Mr. Charles Nahayo H.E. the Ambassador Ri Hui Chol, Nordkorea, och Mrs. Kim Jae Un H.E. the Ambassador Abdulrahman Gdaia, Saudiarabien, och H.H. Princess Lubna Z.M. Althunayan Al Saud H.E. the Ambassador Rasoul Eslami, Iran, och Mrs. Fatemeh Eslami H.E. the Ambassador Fatha Mahraz, Algeriet, och Mrs. Wahiba Mahraz Chargé d'affaires a.i. Mr. Yonas Manna Bairu, Eritrea, och Mrs. Negisti Negasi Chargé

d'affaires a.i. Dr. Abdelmagid A. Buzrigh, Libyen, och Mrs., Bahira N. Abushwereb, Chargé d'affaires a.i. Mrs. Hanadi Kabour, Syrien, och Mr. Eyad Fatal Chargé d'affaires a.i. Mr. Faris Al-Quaseer, Irak.

PI wünscht dem jungen Paar viel Glück und noch viel mehr Mut für die Zukunft.

(Zusammengefasster Bericht von „Alster“ aus [Aftonbladet](#) und [Jyllandsposten](#))



Farage: Nach Flugzeugabsturz kein bißchen leiser



Nach seinem [Flugzeugabsturz Anfang Mai](#) hat sich der beliebte Europapolitiker Nigel Farage der Partei „[Europa für Freiheit und Demokratie](#)“ jetzt wieder im Europäischen Parlament zurück und zu Wort gemeldet.

Nach seinem berühmt gewordenen [Verbalangriff](#) vom 24. Februar gegen EU-Präsident Herman Van Rompuy ist er kein bisschen leiser geworden. Auf der Sitzung des Europäischen Parlaments

in Brüssel am 16.06.2010 gab es einen Nigel Farage, wie man ihn kennt und schätzt:

(Mit freundlicher Genehmigung von [BIWTV](#))

Berlin: “Helden” unerwünscht



Angesichts der ständigen bewaffneten Bedrohung städtischer Mitarbeiter durch nicht näher bezeichnete Bevölkerungsgruppen wünschen sich die Beamten des Ordnungsamtes für Außeneinsätze Stickschutzwesten zum Schutz ihres Lebens. Der zuständige Stadtrat [Marc Schulte](#) (SPD, Foto r.) lehnt ab. Beamte, die nicht um ihr Leben fürchten, könnten sich zu Heldentaten ermutigt fühlen und womöglich dem Gesetz Geltung verschaffen. Das ist nicht gewünscht.

Die [Berliner Zeitung](#) berichtet:

Aus Angst fordern Ordnungsamt-Mitarbeiter bessere Ausstattung wie Schutz-Westen. Stadtrat ist dagegen.

Im Einsatz wird er oft bedroht und beschimpft. Für Kiez-Cop Uwe K. vom Ordnungsamt Charlottenburg sind diese Szenarien Alltag. Dennoch spricht sich der zuständige Stadtrat gegen stichsicherer Westen aus, wie sie der Personalrat fordert.*

Uwe K. ist fassungslos. „Der erste angestochene Kollege landet auf dem Schreibtisch vom Stadtrat“, sagt der Ordnungsamt-Mitarbeiter. „Es ist verantwortungslos, uns bei Razzien möglichen Attacken schutzlos auszusetzen.“

Während dieser Einsätze tragen die Polizisten Schutzwesten, Uwe K. und seine Kollegen jedoch nicht. Regelmäßig ist er zwischen Hardenbergplatz und Bahnhof Zoo auf Streife, verteilt Anzeigen wegen unerlaubten Verkauf von Speisen oder Glücksspiel. Im Preußenpark eskalierte die Situation. „Es ging um das Grillverbot. Plötzlich standen 30 Männer um uns, bedrohten uns. Alle Reifen unseres Dienstfahrzeugs wurden aufgeschlitzt.“ Der Familienvater ist besorgt. „Natürlich mischen wir uns nicht Konflikte ein, sondern rufen die Polizei, aber vieles passiert im Affekt.“

Seit der letzten WM fordern die Mitarbeiter des Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf stichsichere Westen. Erst kürzlich reichte Florian P. Block von der FDP-Fraktion eine Kleinen Anfrage zum Thema ein. Bezirksstadtrat Marc Schulte wiegelt ab: „Ich bin gegen die Westen. Wer eine Schutzweste trägt, könnte sich ermutigt fühlen, den Helden zu spielen.“ Für Uwe K. sind das Ausreden. Der Bezirk scheue Kosten. „Aber die 200 Euro pro Weste sollte die Sicherheit der Mitarbeiter wert sein.“*

Hier irrt der gute Mann vermutlich. Es ist durchaus glaubwürdig, dass es den Berliner Machthabern nicht um 200 Euro geht, sondern genau darum, was sie sagen: Kein Einheimischer soll sich ermuntert fühlen, gegenüber den neuen Herren der Stadt das Haupt zu erheben.

» schulte@charlottenburg-wilmersdorf.de

Bild des Tages: Wählerregistrierung in Herat



(Quelle: [Telegraph](#),

Spürnase: VHilloo)

Moschee Wahlunterlagen

fälschte



Die Demokratie ist der Zug, in den wir einsteigen, bis wir unser Ziel erreichen. Türkenführer Erdogan spricht ganz offen aus, wo für Millionen

Moslems in Deutschland die Reise hingehen soll. Ein paar Stationen zu früh stieg eine arabische Moschee in Essen aus dem Zug aus. Das kann vorkommen und ist halb so schlimm, denn der Skandal findet in der überregionalen Qualitätspresse kaum Erwähnung.

Der Westen berichtet:

Der Staatsschutz ließ Wohnungen und eine Moschee im Nordviertel durchsuchen und hat drei Verdächtige im Visier. Es hat sich der Verdacht erhärtet, dass bei der Briefwahl zum Essener Integrationsrat massiv betrogen wurde.

Für den ermittelnden Staatsschutz-Beamten der Essener Polizei ist es „ein Angriff auf die Grundfesten der Demokratie“: Der Verdacht des Betrugs bei der Brief-Wahl zum Integrationsrat der Stadt (die NRZ berichtete) hat sich erhärtet.

Nach wochenlangen Recherchen, drei vorläufigen Festnahmen und Durchsuchungen in Wohnungen und der Alfarag-Moschee im Nordviertel, zeichnet sich für die Polit-Abteilung der Polizei ab, dass eine der 13 angetretenen Listen von kriminellen Machenschaften profitiert haben könnte: Es ist die „Allianz gegen die Diskriminierung von Ausländern“, die nach Erkenntnissen der Polizei 60 Prozent ihrer Stimmen über die Briefwahl erhielt und seitdem mit einem Sitz im Integrationsrat vertreten ist. Für die Ermittler ein naheliegender Verdacht: Einer der drei mutmaßlichen Wahlfälscher, die sich jetzt im Zentrum des polizeilichen Interesses wiederfinden, trat für eben diese „Allianz“ an.

70 Zeugen vernehmen

Nach NRZ-Informationen wird gegen die drei Vorstandsmitglieder des arabisch-islamischen Moscheevereins Alssalam e.V. wegen des Verdachts des Betrugs und der Urkundenfälschung ermittelt. Die Männer aus Essen und Mülheim stehen unter dem Verdacht, bei der Stadt im großen Stil Briefwahlunterlagen angeblich im Namen wahlberechtigter

Ausländer an die Adresse ihrer Alfaraq-Moschee an der Bersonstraße geordert zu haben. Um an die Dokumente zu kommen, sollen sie die Unterschriften auf eidesstattlichen Erklärungen gefälscht und anschließend ihre Stimme im Namen von Wählern abgegeben haben, die vermutlich von all dem nichts wussten. So zumindest lautet der Vorwurf.

In zwei Fällen sei ein solches Vorgehen inzwischen zweifelsfrei nachzuweisen, heißt es beim Staatsschutz. Weitere 70 Fälle, in denen Briefwahlunterlagen ebenfalls an die Adresse des Islamischen Zentrums im Nordviertel geschickt worden sind, werden nun untersucht und genau so viele Zeugen vernommen, die mit mutmaßlich kriminellen Methoden um ihr Grundrecht gebracht worden sein könnten, heißt es.

Auf welchem Weg die mutmaßlichen Betrüger an die persönlichen Daten der Wahlberechtigten kamen, ist noch nicht abschließend geklärt. „Brennend“ interessiert die Staatsschützer auch, „welche Rolle“ der Spitzenkandidat der „Allianz“ bei den zu untersuchenden Vorgängen gespielt haben könnte. Bislang jedenfalls gelte er allenfalls „als Profiteur, aber nicht als Beschuldigter“ in dem Verfahren, so ein Staatsschützer. Man arbeitet mit Hochdruck daran, Licht in die Sache zu bringen.

Wie die NRZ bereits im April berichtete, war der mutmaßliche Betrug aufgefallen, als sich Wahlberechtigte bei der Stadt darüber beschwerten, am 7. Februar im Wahllokal abgewiesen worden zu sein mit der Begründung, sie hätten bereits eine Briefwahl beantragt – was sie nicht hatten.

Damit kam ein für Essen beispielloses Verfahren in Gang, an dessen Ende Wiederholungswahlen und hohe Strafen stehen könnten. Wahlfälschung ist kein Kavaliersdelikt: Das Gesetz sieht bis zu fünf Jahre Haft vor.

(Spürnasen: M. Becker, Matthias S.)

Berlin: Kirchliche Feiertage abschaffen



Berlin ist fortschrittlich. Demnächst sollen Ausländer nicht nur im Öffentlichen Dienst [bevorzugt eingestellt](#) werden, sondern Rot-Dunkelrot will die gesamte Gesetzgebung auf Wünsche von Ausländern ausrichten. So sollen zum Beispiel kirchliche Feiertage abgeschafft werden.

Verantwortlich für die [Diskriminierung der deutschen Bevölkerung](#) zeichnet Sozialsenatorin Carola Bluhm (SED, Foto).

Berlins geplantes „Partizipations- und Integrationsgesetz“ nimmt Gestalt an. Mittwoch stellte Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) die Generallinie der umstrittenen Neuregelung vor. Rot-Rot will Ausländer künftig überall bevorzugt wo der Senat Handlungsmöglichkeiten hat. Außerdem gibt es bald keine kirchlichen Feiertage mehr.

Rot-Rot will deshalb die gesamte Gesetzgebung auf Wünsche von Ausländern ausrichten. „Alle Gesetze gehören auf den Prüfstand, ob sie noch den Bedingungen einer Einwanderungsstadt entsprechen“, sagt Bluhm.

Darum sollen Einstellungskriterien im Öffentlichen Dienst so formuliert werden, daß sie Ausländer bevorzugen. So werden

„interkulturelle Kompetenzen bei den Beschäftigten einen höheren Stellenwert“ haben. Im Beamtengesetz sind sie künftig „Schlüsselkompetenz“. Ziel ist es, „den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst zu erhöhen“.
(...)

In einem ersten Schritt soll nun die christlich-tradierte Kultur ausgehebelt werden. Darum wird es in Berlin künftig keine „kirchlichen“, sondern nur noch allgemein „religiöse“ Feiertage geben. Außerdem wird bei Bestattungen die Sargpflicht aufgehoben, damit auch moslemische Beerdigungen im Leichentuch erlaubt sind.

Geht es dann in Berlin bald zu, wie in England, wo Lehrern ihren Kindern nicht mehr „Fröhliche Weihnachten“ wünschen dürfen? Es könnte ja „diskriminieren“.

Offensichtlich würde Rot-Rot diese Grundrichtung auch gerne in der Privatwirtschaft durchsetzen. Das scheitert aber bisher an fehlenden Kompetenzen der Landesregierung. Bluhm: „Auch in wichtigen integrationspolitischen Handlungsfeldern wie der Arbeitsmarktpolitik wird der grundsätzliche Rahmen durch den Bundesgesetzgeber gesetzt. Wir hoffen, dass vom Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz auch Impulse in Richtung Bundesregierung ausgehen, ihrerseits die Gesetzgebung auf strukturelle Benachteiligung und Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten zu überprüfen.“

Nun ja, die Deutschen, grad die Berliner, wählen weiter und in steigendem Maße links. Offenbar geht es ihnen noch zu gut.

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)